



Strategie- und Aktionskonferenz Kassel 26.-27. Februar 2016

Workshop Klima und Energie

Ernst-Christoph Stolper, Staatssekretär a.D.
Sprecher BUND AK Internationale Umweltpolitik

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Was wir wirklich brauchen und was uns TTIP / CETA bringen

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Was wir wirklich brauchen ...

- „Nature“-Studie Januar 2015: Anteile technisch und wirtschaftlich förderbarer fossiler Rohstoffe, die im Boden bleiben müssen, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen:
 - 80 % der Kohlevorkommen
 - 50 % der Gasvorkommen
 - 30 % der Ölvorkommen
- Klimareduktionsziele bis 2050: EU 80%, D 80-95%
- Daraus folgen:
 - Erhebliche Beschränkungen für die Nutzung fossiler Reserven, nicht die Erschließung neuer Quellen
 - Umfassende Förderung Erneuerbarer Energien

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

... Erleichterung des Handels mit fossilen Energieträgern

- Zentrales Ziel: Generalgenehmigung für Exporte von Öl und Gas aus den USA nach Europa (Inländerbehandlung) – Obama-Öl statt Putin-Gas –
- Unterstützer:
 - EU Kommission
 - U.S. Öl- und Gaskonzerne
 - Republikaner im U.S. Kongress
- Gegner:
 - Konsumenten in den USA
 - Energieintensive Unternehmen in den USA
 - Umweltverbände

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Morgengabe TTIP

Genehmigungspflicht für US-Exporte

- Energy Policy and Conservation Act von 1975 schreibt strenge Kontrollen für den Export fossiler Energieträger aus den USA vor: Einzelgenehmigung des U.S.-Energieministeriums (Department of Energy, DoE)
- Deal im Kongress am 28. Dezember 2015 im Rahmen der Haushaltsverhandlungen auf Druck der Republikaner: Genehmigungspflicht wird nach 41 Jahren abgeschafft
- Folgen
 - Höhere Nachfrage führt zu höheren Energiepreisen in den USA
 - Anheizen des Fracking-Booms in den USA

Morgengabe CETA

EU-Treibstoffqualitäts-Richtlinie

- Ziel der EU Treibstoffqualitäts-RL: Minus 6% CO₂-Emissionen im Transportsektor, insbesondere durch Klassifizierung der Treibstoffe nach ihren Emissionen
- 2009: Studie Stanford University für EU-Kommission: CO₂-Emissionen von Teersand-Ölen 23% höher als bei konventionellem Öl
- Druck aus den USA (USTR Froman) und Kanada (u.a. MP Harper) sowie von BP und Shell
- EU-KOM 06.10.14: Durchführungsvorschriften ohne gesonderte Berechnung für Teersand-Öle, Herkunftsangaben für Treibstoffe vertraulich
- Zustimmung EP 17.12.14: Nur einfache, aber keine absolute Mehrheit dagegen

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Teersande in Kanada (Provinz Alberta)



Copyright: Garth Lenz

... Einschränkungen bei der Förderung Erneuerbarer Energien

- Bereits heute ist die Gestaltung der EE-Förderung durch Beihilferecht in der EU stark eingeschränkt
- Weitergehende Regelung in TTIP-Vorschlag der Kommission: Grundsätzlicher Ausschluss von Preisregulierungen, also z.B. den EEG-Einspeisetarifen (Ausnahmen nur klar umrissen, zeitlich begrenzt und „nicht mehr belastend als nötig“)
- Zementierung durch völkerrechtlichen Vertrag erschwert Änderungen erheblich

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

... nicht nur in Europa!

- Ausschluss von Local Content-Regelungen für Anlagen der Erneuerbaren Energien:
 - Problematisch für USA
 - Problematisch aber auch für Schwellen- und Entwicklungsländer, da in TTIP auch die Position in internationalen Verhandlungen abgestimmt werden soll.
 - Regelmäßiger Konflikt z.B. mit Indien

Noch Hoffnung auf Klimaschutz in TTIP?

- Trade Facilitation and Enforcement Act 2015 (Fast Track):
Verhandlungen müssen sicherstellen, “...that trade agreements do not require changes to U.S. laws or obligate the United States with respect to global warming or climate change.”
- Liegt in diesen Tagen Präsident Obama zur Unterschrift vor.
- Erklärung Friends of the Earth U.S., Greenpeace America, Sierra Club, NRDC und vielen anderen:
“This language in the Customs bill takes us in the exact wrong direction.”

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Vielen Dank

Ernst-Christoph Stolper, BUND

Sprecher AK Internationale Umweltpolitik

+49-172-2903751

ec.stolper@t-online.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



TTIP und CETA gegen Klimaschutz und Energiewende



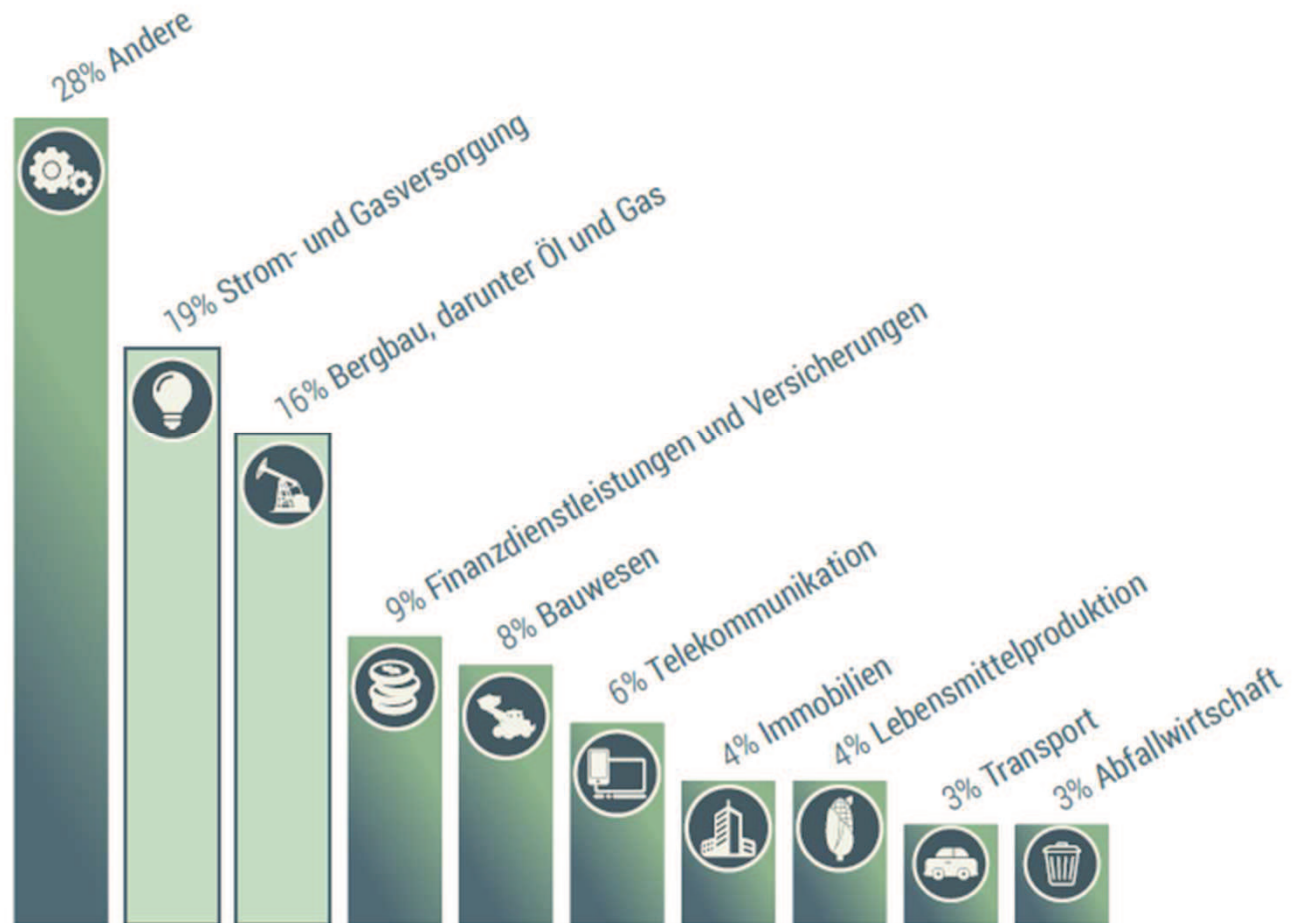
Maja Volland

BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Klagen gegen Klimaschutz

35 % ALLER INVESTOR-STAAT-KLAGEN STEHEN IN ZUSAMMENHANG
MIT DEM ÖL-, BERGBAU-, GAS- UND STROMSEKTOR



Quelle: UN Conference on Trade and Development (UNCTAD): "World Investment Report 2015"

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Investorenschutz für Energiekonzerne

„Energiekonzerne sind besonders erpicht auf Investor-Staat-Klagen.“

Tom Sikora, Berater für ExxonMobil

„Strenge Investitionsschutzklauseln in TTIP würden es Chevron und anderen US-Unternehmen erleichtern, die mit kapitalintensiven und langfristigen Großprojekten im Ausland verbundenen Risiken zu senken.“

Chevron gegenüber den US-VerhandlerInnen

„TTIP muss Investitionsschutzbestimmungen enthalten, ganz besonders ein Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS).“

Das American Petroleum Institute gegenüber den EU-VerhandlerInnen

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Die ISDS-Reform der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat einen Reformvorschlag für die umstrittene Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) formuliert: Investment Court System (ICS)

EU-Kommission: ICS behebt alle Probleme am Investorenschutz.

ABER: ICS ist das alte System mit Schönheitskorrekturen und einem neuen Namen.



Das Investment Court System ändert nicht die Grundsatzprobleme:

Konzerne behalten Sonderklagerechte, mit denen sie nationales Recht umgehen und staatliche Maßnahmen vor einem privaten Schiedsgericht anfechten können.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Der Reformvorschlag der EU-Kommission zum ISDS

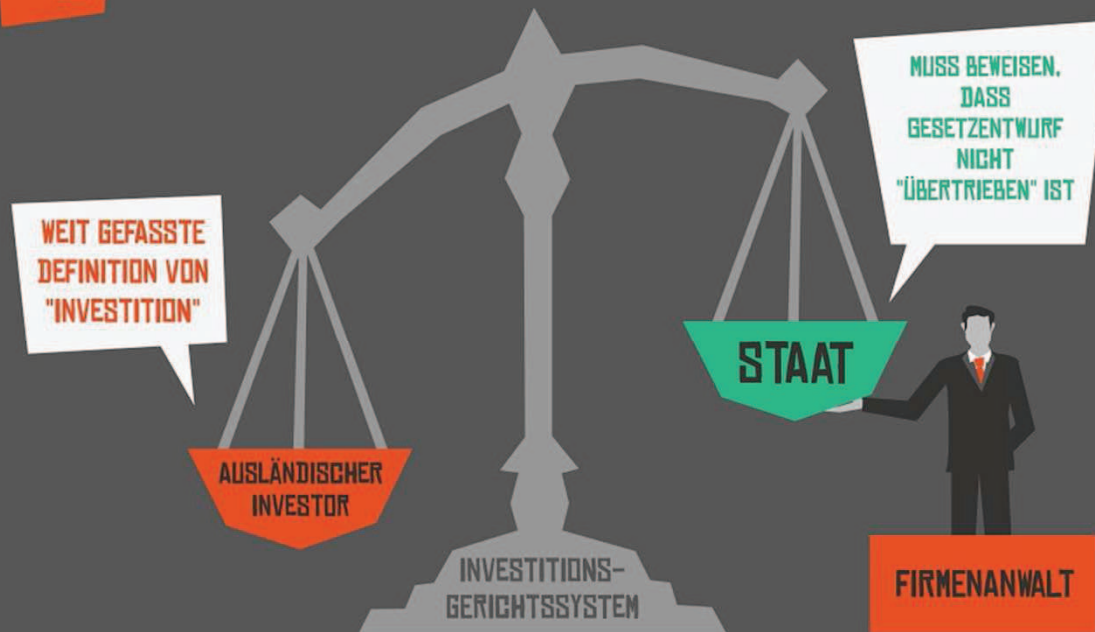
#7

KEIN SCHUTZ FÜR DAS ALLGEMEINWOHL



#2

INVESTOREN HABEN IMMER NOCH WEITREICHENDE RECHTE



Konzerne können weiterhin Gesetze zum Schutz des Klimas als Anlass für hohe Schadensersatzforderungen nehmen.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Bei Umweltschutz verklagt?

Beispiel: Vattenfall gegen den deutschen Atomausstieg

Nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima 2011:

März 2011: Die Bundesregierung nimmt die 7 ältesten Atomkraftwerke (AKW) vom Netz; darunter 2 der 3 AKW von Vattenfall (Krümmel und Brunsbüttel)

Juni 2011: Bundestag beschließt Atomausstieg. Die verbliebenen AKW sollen stufenweise bis Ende 2022 abgeschaltet werden.

2012: Vattenfall klagt gegen Deutschland vor dem Internationalen Schiedsgericht der Weltbank, ICSID

- Rechtsgrundlage: Energiecharta
- Begründung: Enteignung, willkürliche Behandlung
- Schadensersatz in Höhe von 4,67 Mrd. €
- Schon im ersten Jahr habe Deutschland 3,2 Mio. € ausgegeben (Gerichts- und Anwaltskosten)
- Vattenfall klagt gleichzeitig noch gegen den Atomausstieg vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Bei Klimaschutz verklagt: TransCanada vs. USA

6. Nov. 2015: US-Präsident Obama verweigert Erlaubnis für "Keystone XL,,

- eine Pipeline, die Öl aus Teersanden aus dem kanadischen Bundesstaat Alberta zu den Raffinerien im Süden der USA bringen sollte



Tar Sands, Alberta. © Dru Oja Jay, Dominion

Umweltorganisationen und Anwohner*innen kämpften sieben Jahre gegen die Pipeline

- Teersande sind einer der klimaschädlichsten Energieträger überhaupt
- die Pipeline wäre ein Risiko für die Regionen, durch die sie verläuft.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Bei Klimaschutz verklagt: TransCanada vs. USA



Keystone XL Rally, 2012.
© FoE U.S.

6. Januar 2016: TransCanada kündigt an, die USA auf **15.000.000.000 US\$** zu verklagen

- Rechtsgrundlage: nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA
- Begründung: "Die Genehmigung wurde auf der Basis von politischen Überlegungen abgelehnt, nicht wegen der Inhalte des Antrags" und diese "politische Ablehnung des Antrags war (...) willkürlich, diskriminierend und enteignend"

Regierungen können unter „modernen“ Handelsabkommen keine Gesetze zum Wohle des Allgemeinwohls erlassen, ohne hohe Schadensersatzzahlungen zu riskieren.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

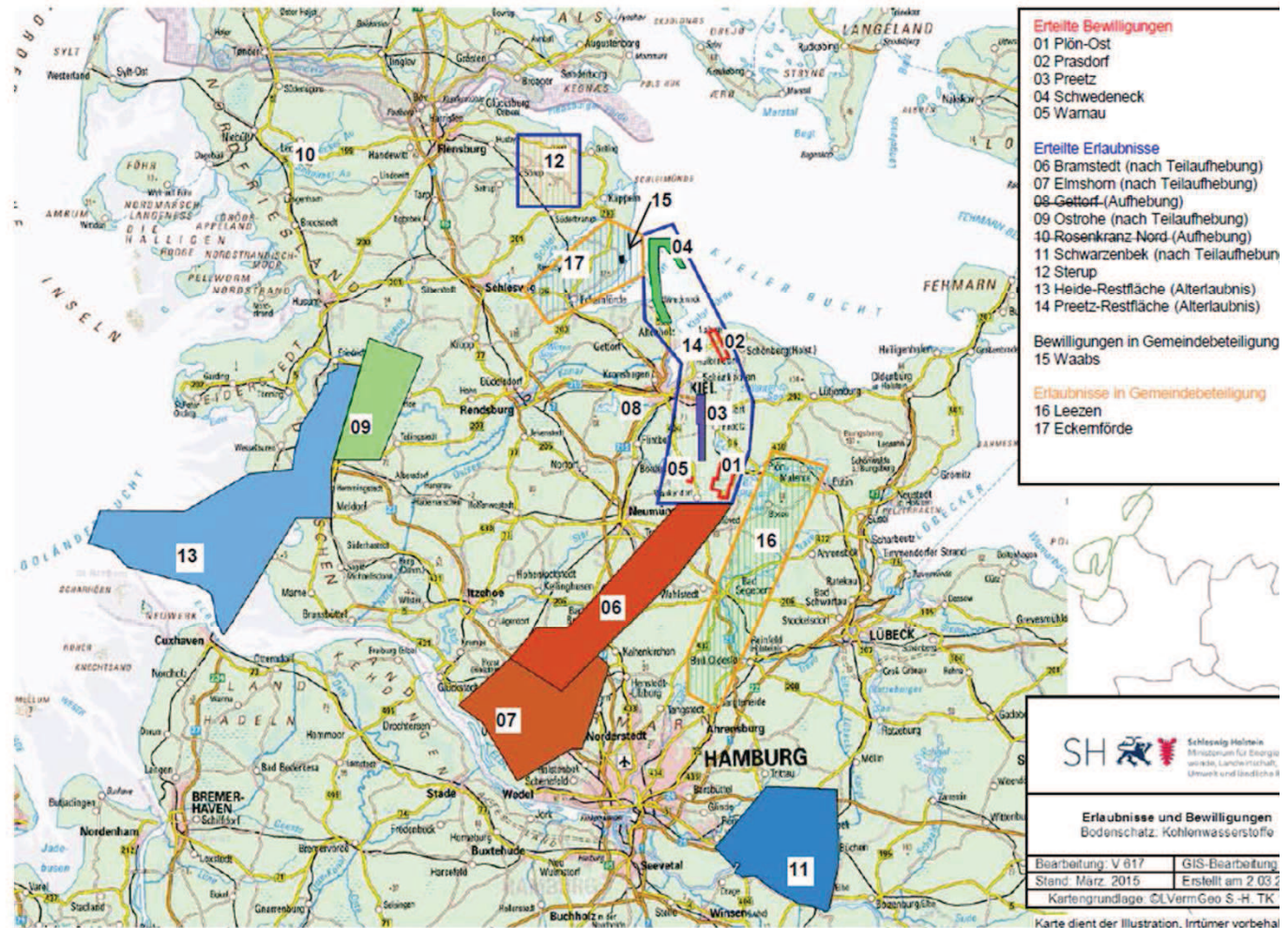
Investorenschutz in Schleswig Holstein (SH) Bei Verbot von Fracking verklagt?

Derzeit gibt es in Deutschland keine klare Regelungen zum Fracking

Kanadische Unternehmen haben in SH Bewilligungen zur Erkundung erhalten.

Es liegen noch keine Betriebspläne vor. Unklar, ob Fracking eingesetzt wird.

Möglicher Klagegrund bei Verbot von Fracking: Enttäuschung von erwarteten Gewinnen



Klimaschutz als Handels- hemmnis

Regulatorische Kooperation in TTIP:

- Die EU und die USA wollen bei geplanten Gesetzen eng kooperieren
- Ziel: Im Vorhinein zu verhindern, dass Gesetze den transatlantischen Handel behindern.



Geleaktes Dokument der EU-Kommission vom Mai 2015:

- Der Handelspartner und private Akteure (z.B. Konzerne) *müssen* frühzeitig in die Gestaltung von Gesetzen eingebunden werden.
- Bei allen Gesetzesvorhaben in der EU sollen in Folgenabschätzungen potentielle Auswirkungen auf Handel und Investitionen einbezogen werden, einschließlich jener von US-Investoren.
- Geplante Gesetze durchlaufen einen transatlantischen „Handelscheck“ bevor sie ein Parlament zu Gesicht bekommt.
- Ambitionierte Maßnahmen zum Klimaschutz können frühzeitig ausgebremst werden (Bsp. EU-Kraftstoffrichtlinie)

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Weitere Informationen: www.bund.net/ttip

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland